

man dort eine so große Heeresmacht, wie Preußen sie zu Erhaltung seiner politischen Bedeutung, seines Gewichts in den europäischen Angelegenheiten braucht, fortwährend unter den Fahnen erhalten wollte. Ein kleiner Staat hat aber ganz andere Zwecke zu verfolgen, und ich bin der Meinung, daß, wollten wir das Landwehrsystem in derselben Weise, wie es in Preußen existirt, bei uns einführen, dies im Frieden zu großer Belästigung gereichen und, wenn Krieg eintreten sollte, nur denen zum Vortheil gereichen würde, denen wir uns anschließen müßten, keineswegs aber dem sächsischen Staate, welcher seine Bedeutung gewiß nicht in einer großen, ausgedehnten Heerverfassung zu suchen hat.

Stellv. Abg. Rittner: Herr Präsident, gegen einen Punkt der Rede des Abgeordneten Oberländer muß ich mir auch ein paar Worte erlauben. Wenn ich denselben recht verstanden habe, so sprach der geehrte Abgeordnete den Wunsch aus, daß die Offiziere einen großen Theil ihrer Zeit sich einer bürgerlichen Beschäftigung hingeben möchten. Wahrscheinlich hat der geehrte Abgeordnete hier die preussischen Landwehroffiziere im Auge gehabt; ich muß gestehen, daß die Erfüllung dieses Wunsches bei uns, wo wir gar keine Landwehroffiziere haben, in ein großes Dunkel gehüllt zu sein scheint. In so weit ich unsere Militärverfassung kenne, scheint mir der größte Theil der Zeit unserer Offiziere durch die ihnen obliegende Ausbildung der ihnen untergebenen Mannschaften in Anspruch genommen, da sich diese Ausbildung auf eine Menge Gegenstände erstreckt, die nicht streng zur militärischen Ausbildung gehören. Was aber den übrigen Theil der Zeit anlangt, so will es mir scheinen, als wäre es viel besser, wenn ihn die Offiziere zur weitem Ausbildung im eigenen Fache, als zu Ausübung bürgerlicher Geschäfte, die ihnen fremd sind, verwenden.

Abg. Heuberer: Biewohl ich kein Freund der stehenden Heere in Friedenszeiten bin, so will ich mich doch darüber nicht verbreiten, indem das vor der Hand nicht anders zu machen ist. Ich bin zunächst vollkommen mit der dankenden Anerkennung einverstanden, die dem Kriegsministerium bezüglich der Sparsamkeit, die es in seinem Departement geübt hat, gezollt worden ist. Nur als Vertreter einer Garnisonstadt fühle ich mich gedrungen, dem, was der Abgeordnete Oberländer angezogen hat, daß sich nämlich der Offizierstand immer noch kastenartig von dem Bürgerstande abschleife, etwas beizufügen. Ich habe von Rochlitz — und diese Stadt eben habe ich mit zu vertreten — gehört, daß auch dort dieselbe Erscheinung stets hervortritt, und man hat mir hierüber sowohl mündliche, als schriftliche Klagen zu Ohren gebracht. Ich will nicht untersuchen, in wie weit diese Klagen begründet sind oder nicht, sie scheinen mir aber doch in so fern etwas für sich zu haben, als schon früher durch meinen geehrten Vorfahren, Herrn D. Schröder, ähnliche Klagen von dort her in diesem Saale laut geworden sind. Ich erlaube mir daher, den Wunsch auszudrücken, daß das hohe Kriegsministerium sich möchte bewegen finden, dem

Offizierstande die strenge Weisung zu geben, sich nicht so kastenartig abzuschließen, und sich so gegen den Bürgerstand zu benehmen, daß es demselben weniger auffallend sein und hierdurch die unter den Staatsangehörigen so löbliche Eintracht mehr und mehr herbeigeführt werden möchte.

Staatsminister v. Nothh-Wallwitz: Der Kriegsminister hätte wünschen mögen, der Abgeordnete habe sich bestimmter und klarer ausgedrückt. Der Kriegsminister tritt aber von der Ministerbank ab, um als Nachbar von Rochlitz seine Ansicht aufzustellen, die nun aber dahin geht, daß von einem Kastengeist des Offizierstandes in Rochlitz nicht die Rede sein kann. Ich komme bisweilen, nicht vermöge meiner Dienstverhältnisse, sondern bloß als Landbesitzer hin, und kann versichern, daß dort Bürger mit den Offizieren, und Offiziere mit den Bürgern, wenn sie sich sonst sehen wollen — und sie sehen sich wirklich — auf vollkommen gleichem Fuße leben. Wenn der Abgeordnete von der Sache spricht, die an einem der vorigen Landtage der Abgeordnete D. Schröder hier besprach, so erinnere ich daran, daß damals mein Vorgänger im Amte eine vollkommen genügende Erklärung abgegeben hat. Ich glaube, daß man nicht ohne Grund einen Stand verleumben sollte. Es ist mir kein Land bekannt, als gerade Sachsen, wo der Offizierstand außer dem Dienste im Allgemeinen so innig vereint mit allen Civilständen lebt, wie es bei uns der Fall ist. Der Offizier ist so gut, wie jeder andere Staatsbürger für die Interessen seines Vaterlandes begeistert, und er muß es sein, denn wie er aus dem Volke entsprungen ist, tritt er auch wieder unter das Volk zurück.

Abg. Heuberer: Ich wollte mir ein paar Worte zur Erwiderung erlauben, weil der Herr Kriegsminister sich des Ausdrucks: „Verleumdung“ bediente.

Abg. Hensel (aus Bernstadt): Ich hatte als Deputationsmitglied nicht die Absicht, das Wort zu ergreifen, da der Bericht selbst die Gründe ausführlich und deutlich angiebt, durch welche sich die Deputation hat bestimmen lassen, diese Anträge und in der Art, wie geschehen ist, zu stellen. Da jedoch einer der Herren Abgeordneten die Zweckmäßigkeit eines dieser Anträge bezweifelte und die Gründe nicht anerkennen wollte, welche die Deputation hierzu bestimmt haben, so weise ich darauf noch einmal hin. Es ist nämlich doch zu wünschen, daß der ewige Friede, den der geehrte Abgeordnete erwähnte, nicht ein so kostspieliger sei, nicht fast eben so kostspielig, als in frühern Zeiten der Krieg. Ich habe aus vollem Herzen die Ansicht des Herrn Referenten, die er im Berichte niedergelegt hat, in Bezug auf alle diese Anträge unterschreiben können, weil ich von der drückenden Last dieses bewaffneten Friedens hinlänglich und vollkommen überzeugt bin, weil dieser bewaffnete Friede auf den Völkern so schwer lastet, weil wir doch einmal die Hoffnung fassen müssen, daß der Friede auch ohne diese bewaffnete Macht und in deren jetziger Ausdehnung fortbestehen und aufrecht erhalten werden könne. Die Aeußerungen des geehrten Abgeordneten Oberländer geben